

Stadtblatt  
SERVICE

UNVERANTWORTLICH: STADTWERKE AUSGEGLIEDERT



## Wirtschaftsbetriebe werden durch Finanztricks gefährdet

Der tiefste Einschnitt in der Stadtverwaltung seit Jahrzehnten ist durchgedrückt: Schwarz-Grün wirft Daseinsvorsorge auf den freien Markt. 700 Jobs sollen wegfallen.

Am 14. Dezember 2009 setzte Schwarz-Grün die Ausgliederung wichtiger Bereiche der Stadtverwaltung durch: Müllabfuhr, Kanal, die Wirtschaftsbetriebe kommen zu den Stadtwerken, die in eine GmbH umgewandelt werden. 700 Beschäftigte sollen abgebaut werden. Die erhoffte Einsparung von 10 Millionen Euro pro Jahr ist nicht abzusehen. Stattdessen entstehen 2010 zusätzliche Kosten in Millionenhöhe.

### Aus der Hand gegeben

Wenn die KPÖ nicht eine Sondersitzung des Grazer Gemeinderates zum „Haus Graz“ (2. November) durchgesetzt hätte, wäre es im Rathaus nicht einmal zu einer Diskussion gekommen. Stadtrat Rüs

begründete die Ausgliederung oberflächlich. Bürgermeister Nagl nahm an der Diskussion zeitweise gar nicht teil.

KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann: „Unsere Daseinsvorsorge wird damit auf den freien Markt geworfen. Auch in öffentlichen Händen kann man gut und sparsam wirtschaften und verantwortungsvoll arbeiten.“

Stadträtin Elke Kahr: „Hinter der harmlos klingenden Neuordnung des Hauses Graz verbirgt sich das größte Ausgliederungsvorhaben der letzten 50 Jahre. Das entspricht der Strategie der Neoliberalen europaweit, die auf das Auslöschen der Kommunen abzielt. Kommunales Eigentum, mit der Arbeit von Generationen geschaffen, wird abgegeben.“

### Ein Szenario

Vor der Abstimmung hatte es eine Medienkampagne für die Ausgliederung gegeben. Gemeinderäte, die nicht alles mittragen wollten, wurden angeprangert. Den Warnstreik bei der Graz AG zog man in Misskredit. Die Proteste der

KPÖ fanden kaum Erwähnung. Doch die Menschen sehen es anders. So erschien in der *Grazer Woche* folgender Leserbrief:

„Den Bürgern wird vorgegaukelt, dass die Verwaltung schlank wird und enorme Kostenersparnis eintritt. In Wahrheit werden nur Kostenträger (Kanal, Abfallwirtschaft etc.) in die Tochterfirma Graz AG ausgelagert, wodurch man das Budget verschönern kann. Durch die Umwandlung der AG in eine GmbH hat dann der Bürgermeister direkten Zugriff auf deren Gewinne. Die werden zum Budgetsanieren so lange abgezogen, bis die Tochter ins Trudeln gerät.“

Dann wird die Graz GmbH filetiert und privatisiert. Das heißt, Abwasser, Müllabfuhr, Wasserversorgung etc. werden von privaten Betreibern geführt, die Gewinne erzielen wollen. Dadurch wird auf die Grazer eine enorme Belastung durch Kostenerhöhung für Kanalgebühr, Wasser und Müllabfuhr zukommen.“

## Richtsätze

### PENSIONEN-AUSGLEICHSZULAGE

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: 783,99 Euro, für Ehepaare, Familien: 1.175,45, Erhöhung pro Kind: 82,16 (jeweils minus 5,1 % für die Krankenversicherung).

### SOZIALHILFERICHTSÄTZE

Für den Lebensbedarf für Alleinstehende: 548 Euro; für Hauptunterstützte oder Unterstützte in Haushaltsgemeinschaft: 500 Euro; für Mitunterstützte: 334 Euro.

### REZEPTGEBÜHRENBEFREIUNG

orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (Siehe oben)

### RUNDFUNK- UND TELEFON- GEBÜHRENBEFREIUNG

Befreit sind Alleinstehende bis zum Einkommen von 878,07 Euro, Ehepaare bis zum Einkommen von 1.316,50 Euro.

### FAMILIENBEIHILFE

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,1 bei 4 Kindern über 19. Mehrkindzuschlag ab dem 3. Kind: 36,40 Euro.

### KINDERZUSCHUSS DES LANDES

145,35 Euro monatlich während der ersten 12 Lebensmonate, für bestimmte Einkommensgrenzen. Antrag über das Gemeinde bzw. Bezirksamt.

DSA Karin

Gruber

KPÖ-Landtagsklub

Herrengasse 16

Tel. 877 - 5101



## Sozialhilfe abgeschafft

Ab September 2010 wird die Sozialhilfe durch eine Mindestsicherung nach dem Vorbild des deutschen Hartz IV abgelöst. Im Betrag von 744 Euro für Alleinstehende, der nun österreichweit gültig ist, sind 168 Euro Wohnbeihilfe enthalten.

Inwieweit sich Verbesserungen oder Verschlechterungen für die BezieherInnen ergeben wird die Praxis zeigen.